

> Berlin aktuell

von Ingbert Liebing

Redaktion: Christopher J. Peter

**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreunde,**

die CDU hat bei der Kommunalwahl Ende Mai ein gutes Ergebnis eingefahren. Mit diesem Vertrauensvorsprung starten wir jetzt in den Bundestagswahlkampf. Am 22. September diesen Jahres entscheiden wir gemeinsam, welchen Weg wir als Deutsche beschreiten wollen. Wollen wir, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel mit einer starken Union weiterhin für Stabilität und Solidität in Deutschland und Europa arbeitet? Soll der seit vier Jahren erfolgreiche Wachstums- und Konsolidierungskurs fortgesetzt werden? Oder soll ein Links-Bündnis mit Steuererhöhungsplänen die Wirtschaft abwürgen und mit der Einführung von Euro-Bonds den Konsolidierungskurs der Haushalte gefährden? Beides hätte für Deutschland höhere Zinsen zur Folge. Notwendige Investitionen in die Zukunft wären nicht mehr möglich. Hier in Nordfriesland und Dithmarschen-Nord wird es auch darum gehen, ob ich meine Arbeit für unsere Heimat als direkt gewählter Abgeordneter im Wahlkreis fortsetzen kann. Sowohl bei der Energiewende, als auch im Tourismus können wir Erfolge für unseren Wahlkreis verbuchen. Ich freue mich, dass ich als Mitglied des Umwelt- und des Tourismusausschusses aktiv daran mitarbeiten kann.

In den vergangenen Sitzungswochen war die Wahlkampfstimmung bereits deutlich spürbar. Einigungen mit der Opposition waren kaum noch möglich – weder bei der notwendigen Fortentwicklung des EEG, noch beim Fracking. Die Opposition bläst zur Hatz auf den Verteidigungsminister. Umso wertvoller ist die gemeinsame Beschlussfassung eines Endlagergesetzes für den Atommüll. Jahrzehnte gab es hier Streit. Umweltminister Peter Altmaier ist ein wichtiger Durchbruch gelungen.

In der jüngsten Sitzungswoche hat der Bundestag über den tourismuspolitischen Bericht der Bundesregierung beraten – eine Erfolgsgeschichte: 2,9 Millionen Beschäftigte, 407 Millionen Übernachtungen und 97 Milliarden Euro Bruttowertschöpfung. Deutschland ist als Reiseziel beliebt wie nie zuvor. Dieses liegt nicht zuletzt auch an den verbesserten Rahmenbedingungen, wie der Mehrwertsteuersenkung für das Beherbergungsgewerbe, die Rot-Grün rückgängig machen will. Laut einer wissenschaftlichen Studie unter der Leitung von Prof. Dr. Bernd Eisenstein von der Fachhochschule Westküste in Heide haben Unternehmer im Beherbergungsgewerbe alleine für die Jahre 2010 und 2011 in ganz Deutschland nahezu eine Milliarde Euro zusätzlich investiert. Auf Schleswig-Holstein entfielen davon mehr als 70 Millionen, also überproportional viel. Von dieser Entwicklung profitiert gerade unsere Küstenregion mit starker Tourismuswirtschaft.

Der Bundestag hat vor kurzem auch über die Lage der Kommunen beraten. Uns ist eine Trendwende bei Kommunalfinanzen gelungen. Den meisten Kommunen in



Deutschland geht es heute besser als vor einigen Jahren, auch in Nordfriesland und Dithmarschen-Nord. Die Kommunen hatten alleine im Jahr 2012 einen Finanzierungsüberschuss von 1,8 Milliarden Euro bundesweit. Alleine durch die Übernahme der ständig steigenden Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung entlastet der Bund die Kommunen dauerhaft um jährlich fünf Milliarden Euro – für Schleswig-Holstein sind dies jährlich 200 Millionen Euro, für Nordfriesland fünf und für Dithmarschen vier Millionen Euro. Eine so starke finanzielle Entlastung für die Kommunen durch den Bund hat es bisher noch nie gegeben. Meinen Einsatz für die Interessen der Kommunen werde ich in den nächsten Jahren noch verstärken können. Die Bundesversammlung der Kommunalpolitischen Vereinigung von CDU und CSU hat mich zum neuen Bundesvorsitzenden gewählt – eine besonders spannende Herausforderung.

Wenn Sie weiteres über mich und meine politische Arbeit erfahren wollen, lade ich Sie herzlich auf meine neugestalteten Homepage ein:

www.ingbert-liebing.de

Gerne können Sie sich auch über Facebook mit mir verbinden oder schauen Sie einfach auf meinem neuen Youtube-Kanal vorbei.

Für die Sommer- und Ferienzeit wünsche ich Ihnen gute Erholung und Kraft für neue Vorhaben.

Ihr

Ingbert Liebing, MdB

Fracking-Risiken sind nicht verantwortbar

Eine gesetzliche Regelung zum Fracking wird es in dieser Wahlperiode nicht mehr geben. Das bedauere ich. Ein vorliegender Gesetzentwurf, der weitestgehende Restriktionen gegen Fracking vorsah, wurde von der Opposition aus wahltaktischen Gründen torpediert und von den Medien von Anfang an als Gesetz für Fracking uminterpretiert.

Das Gegenteil ist der Fall: Ich halte die Risiken der umstrittenen Fracking-Technologie für nicht verantwortbar. Ich will, dass Fracking bei uns nicht stattfindet. Unser Ziel muss es sein, dass keine Genehmigung erteilt werden kann, solange die Sicherheit nicht gewährleistet ist.

Dies sieht die große Mehrheit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion genauso. Unser Gesetzentwurf sah drei wesentliche Rechtsverschärfungen vor:

- Vollständiges Verbot in Trinkwasserschutzgebieten
- vollständige Umweltverträglichkeitsprüfung mit Öffentlichkeitsbeteiligung bei allen Antragsverfahren
- flächendeckendes Veto-Recht aller Wasserbehörden

Mit dem Veto-Recht für die Wasserbehörden gehen wir sogar noch weiter als der Bundesrat. Viele



Bohrturm einer Fracking-Testbohrung in Niedersachsen

Kollegen, die wie ich gegen Fracking sind, wollten jedoch gar kein Gesetz, weil es ihnen von der Öffentlichkeit als Gesetz für Fracking ausgelegt werden könnte. Deshalb wird das Thema erst in der nächsten Wahlperiode aufgerufen werden, um risikoreiche Fracking-Technologien auszuschließen. Dann wird auch die Grundsatzdiskussion über die Fortentwicklung des Bergrechtes zu führen sein, was jetzt aus Zeitgründen kurz vor Ende der Wahlperiode nicht mehr möglich ist.

Wie sehr dieses Thema inzwischen als Wahlkampfthema genutzt wird und wie wenig es um die Sache an sich geht, wird auch am Verhalten

deutlich. Die SPD hat gar keine eigene Gesetzesinitiative vorgelegt. Die Grünen veröffentlichten einen Gesetzentwurf zum Verbot bestimmter Chemikalien jedoch kein Fracking-Verbot. Aber sie haben den Gesetzentwurf nicht einmal in die Beratungen des Bundestages eingebracht. Ein reiner Show-Antrag ohne Wert.

In Schleswig-Holstein muss sich jedoch trotz der Verzögerung keiner Sorgen wegen des Frackings machen. Es liegt bisher kein einziger Antrag auf Fracking vor. Ich persönlich setze mich für schärfere Gesetze ein, die alle Risiken ausschließen, damit wir auch in Zukunft Fracking verhindern.

Kontakt Ingbert Liebing | Mitglied des Deutschen Bundestages

Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin

☎ (030) 227 - 71 173

☎ (030) 227 - 76 142

✉ ingbert.liebing@bundestag.de

Ansprechpartner:

Christopher J. Peter, Nadia Sabano-Canzler,
Regine Sternebeck

Mehr Infos unter:
www.ingbert-liebing.de

Wahlkreisbüro Nordfriesland

Branka Trube, Maren Hushahn
und Katrin Poschkamp

Heckenweg 1
25813 Husum

☎ (04841) 90553-15

☎ (04841) 90553-29

✉ ingbert.liebing@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro Dithmarschen-Nord

Anne Ohlsen
Hamburger Str. 7
25746 Heide

☎ (0481) 34 06

☎ (0481) 53 82

✉ service@cdu-dithmarschen.de

